

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer



Tageblatt

Hauptblatt und gelesenste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und angrenzenden Gebieten

Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptpostamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten

Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage. Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich May in Bischofswerda. — Fernsprecher Nr. 22.

Abbestellungspreis: Jeden Montag abends für den folgenden Tag. Bei Abnahme in der Geschäftsstelle monatlich Mk. 1,75, bei Abnahme ins Haus monatlich Mk. 4.—, durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 11,25 ohne Zustellungsgebühr. Alle Postämter, Postboten, sowie Zeitungsanstrenger und die Geschäftsstelle des Blattes nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Postfach-Nr.: Post Dresden Nr. 1521. — Geschäftsstelle: Postfach-Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Art — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Abbestellungspreis: Die Spaltenzeitung (10. Blatt) 10 oder deren Raum 120 Hg., die Spaltenzeitung 20 Hg. Im Tagblatt (10. Blatt) 14) 200 Hg., die Spaltenzeitung. Bei Abnahme halbjährlich nach folgenden Sätzen: — Wöchentliche Ausgaben die Spaltenzeitung 120 Hg. — Für bestimmte Tage oder Hefen wird kein Gewähr geleistet. — Geschäftsstelle Bischofswerda.

Nr. 135.

Sonntag, den 12. Juni 1921.

75. Jahrgang.

Das europäische Kaleidoskop.

In jenen Tagen, als die Auseinandersetzungen zwischen der englischen und französischen Politik über Oberschlesien ihren Höhepunkt erreichten, sprach Lloyd George die Warnung über den Kanal hinüber, daß die europäische Politik bestimmt werde von alten und neuen Freundschaften. In Paris merkt man die Absicht und wurde sichtlich verstimmt. Aber nicht lange, dann begriff der schlaue Briand, daß bei der alten Wetterfahne Lloyd George der Wind nur vorübergehend aus einer anderen Richtung kam, und stellte seine Latit darauf ein. Die Entwicklung hat bisher gezeigt, daß Briand richtig gesehen hat, denn zu unserem eigenen Bedauern müssen wir anerkennen, daß zunächst die französische Politik Siegerin geblieben ist. England wollte den Obersten Rat bereits im Rat einberufen, Frankreich hat es verstanden, den Termin immer wieder hinauszuschieben und heute spricht man bereits ganz unbedenklich davon, daß es Wartezeit werden wird, bis die Diktatoren der Welt sich treffen. Dagegen läßt sich auch nicht einwenden, daß Orienttruppen in Oberschlesien jetzt vorzurücken beginnen. Das kann ebensogut nur ein Scheinmanöver sein, hinter dem sich die bevorstehende Kapitulation vor dem französischen Willen verbirgt. Einzuweisen läßt sich jedenfalls nicht leugnen, daß Herr Korfanty dank der französischen Hilfe der wohlwollenden Güte auf der Nase herumtanzen darf, daß seine Banden englische und italienische Truppen abschleppen, ohne daß diese beiden Staaten stark genug sind, die beleidigte Ehre ihrer Fahnen zu rächen. Deshalb ist es auch nach wie vor sehr fraglich, ob für uns aus den englisch-französischen Auseinandersetzungen etwas herauspringt. Die Gefahr besteht mehr als je, daß England das Gesicht wendet, in dem es Herrn Korfanty aus Oberschlesien entfernt, aber nachher doch mit Frankreich seinen Frieden schließt, auf Deutschlands Kosten, indem es den Polen das gesamte Industriegebiet oder dessen größeren Teil zuweist.

Aber das Wort von den alten und neuen Freundschaften ist doch einmal gesprochen und nicht ohne Echo geblieben. Die Entente, die den Krieg gewann, war im Grunde nur eine große Raubgenossenschaft, die zusammengehalten wurde lediglich durch die Abneigung gegen Deutschland. Nachdem jetzt für Frankreich der deutsche Militarismus und für England der deutsche Weltmarkt totgeschlagen ist, beginnt man sich darauf zu besinnen, daß die Welt noch aus vier anderen Kontinenten besteht, in denen es auch noch viel zu verdienen gibt. Und dabei stellt sich nun heraus, daß England und Frankreich bei der Regelung dieser Angelegenheiten eigentlich mehr Gegner als Freunde sind. In Griechenland, in der türkischen Erbenschaft, in der Randstaatenpolitik: überall spielen ihre Interessen scharf aufeinander. Und gerade die Älteren Köpfe, die erkannt haben, daß in der Weltpolitik das Kapital Deutschland zunächst einmal abgeköhlt ist, fangen an, jetzt zu überlegen, wie sie sich auf die kommenden Probleme zweckmäßig einstellen. In Frankreich war man damit am raschesten bei der Hand. Aber seit Herr Briand sich seinen täglichen Mißerfolg geholt hat, ist es wohl zweifellos, daß die Vereinigten Staaten sich zum mindesten nicht auf die Seite Frankreichs zu schlagen beabsichtigen. Vielleicht nicht zuletzt deshalb, weil die Pariser Politik in ihrer deutschfeindlichen Verbildung offensichtlich auf das falsche Pferd gesetzt hat. Um die russischen Milliarden ganz oder teilweise zu retten, wurde Polen künstlich groß gepöppelt, aber mit dem Erfolge, daß dieser vor zwei Jahren noch schuldensfreie Staat heute die schlechtesten Finanzen in Europa aufweist, auf die sogar Deutsch-Osterreich noch mit Berachtung herabzusehen darf. Der polnische Gernegroß hat es zudem fertiggebracht, sich bei all seinen Nachbarn im Norden, Süden, Osten und Westen so unbeliebt zu machen, daß niemand etwas mit ihm zu tun haben will. Die kleine Entente bildet einen nicht zu verachtenden Machtfaktor; auch die baltischen Staaten sind im Begriff, mit Finnland sich zusammenzuschließen, das sich zu seinen anderen Sorgen damit noch einen weiteren Ballast aufgeladen hat, ohne die Sicherheit, daß sich das Risiko lohnt. England dagegen ist wesentlich klüger, es hat eine starke Rückenstützung in Amerika, es hat sein Bündnis mit Japan und hat aus dem Kriege zur Not auch noch eigene Kraft gerettet, um in die „Spitzenposition“ wiederübergehend zurückfallen zu können. Frankreich mit seinem polnischen Schopstind ist also der werdende Leib und auch Englands Freundchaft finden, wenn es nicht in absehbarer Zeit an seinen überspannten Machtgefüß zu Grunde gehen will.

Und diesen sehr handgreiflichen Überlegungen lassen sich die Kombinationen über künftige europäische Möglichkeiten auf. Die soziale Revolution, die der Weltkrieg einleitete, ist

schwerlich noch nicht zu Ende. Wer weiß, was, wenn nicht das Morgen, so doch das Übermorgen bringen mag. Einstweilen besteht die Entente noch, aber sie zeigt Risse. Revidierbar die Büffel beim nächsten Sturm sich lagern werden, kann niemand sagen. Churchill hat jetzt eine Art Bündnis zwischen England, Frankreich und Deutschland zur Sicherung des Friedens vorgeschlagen. Die „Stampa“, hinter der wohl Golliti steht, tritt ein für einen Dreieck zwischen Frankreich, Italien und Deutschland, der seine Spitze unverkennbar gegen England richten soll. Solche Kombinationen können für uns nicht in Frage kommen. Sie würden eine Beweigung unserer Niederlage bedeuten, ohne die Entschädigung zum Neuaufstieg. Denn daß wir uns auch noch zu Birgen für den Verfall der Vertrag hergeben sollen, ist eine einfach unaufrichtige Zumutung. Die Zukunft Deutschlands kann nach der ganzen Richtung der französischen Politik niemals an der Seite Frankreichs liegen. Sie dreht uns auf England und, falls man eine Politik auf längere Sicht machen will, auf Rußland. Deutschland und Rußland sind heute Leidensgenossen des Redertruges, aber sie ergreifen sich in ihren Wirtschaftsbedingungen so gut, daß sie Schulter an Schulter am raschesten wieder hochkommen. Deshalb wäre eine engere Verbindung zwischen England, Deutschland und einem Rußland, das die bolschewistischen Erinnerungen entschloffen über Bord wirft, für uns das Vorteilhafteste. So weit sich heute übersehen läßt. Aber einzuweisen verbleiben sich die Bilder im europäischen Kaleidoskop noch so klar, daß vielleicht das Steuerrad nach einer anderen Richtung herumgeworfen werden muß. Eine schwere, aber dankbare Aufgabe für den Leiter der deutschen äußeren Politik.

Frankreichs Antwort an Churchill.

Die gestern mitgeteilte Rede des englischen Ministers Churchill mit der Anregung eines englisch-französisch-deutschen Einvernehmens findet in der französischen Presse Ablehnung. Nach einer Redem aus Paris sieht man auch in parlamentarischen und amtlichen Kreisen der Anregung Churchills sehr passiv gegenüber und ist gar nicht einmal einverstanden, England das Schiedsrichteramt in kontinentalen Angelegenheiten zuzuerkennen.

Die Zahlung der ersten Goldmilliarde.

Graf Bestary schreibt in der „Kreuzzeitung“: Mit diesen Überschriften berichtet die Presse, daß Deutschland weitere 50 Millionen Gold an das Ausland bezahlt habe. Wenn das so weiter geht, werden die Zeitungen viel Papier und Druckerwärme verwenden müssen. Am 10. Mai übernommenen Verpflichtung gerecht zu werden, muß Deutschland Woche für Woche mehr als 50 Millionen ausbringen, denn es sind jährlich über 3500, vierteljährlich also annähernd 900 Millionen zu zahlen. Mit den Nachrichten über diese Zahlung soll Stimmung gemacht werden, als ob nunmehr nach der Unterzeichnung vom 10. Mai und nach den Erklärungen der Herren Dr. Wirth und Rathenau, daß Deutschland erfüllen könne, alles in schönster Ordnung sei. Mit der gleichen Tendenz wird die Behauptung verwertet, Deutschland habe seine Verpflichtung hinsichtlich der ersten Milliarde Goldmark erfüllt. Diese Behauptung ist insofern richtig, als der gestellte Termin eingehalten ist. Die Art, wie die Reparationskommission diese Tatsache mit Befriedigung anerkannt hat, scheint nicht gerade geeignet, uns mit besonderem Stolz zu erfüllen; denn die Anerkennung der Kommission war in die Form einer recht scharfen Mahnung gekleidet. Tatsächlich sind denn auch bisher nur 200 Millionen in Gold-Devisen abgeführt, das ist nicht viel mehr als zwei Drittel einer monatlichen Rate. Für die übrigen 800 Millionen sind Wechsel ausgestellt, die bis zum 1. August in Gold-Devisen eingelöst werden müssen. Die Möglichkeit, daß unsere großen Bankanstalten hierfür noch die benötigten Zahlungsmittel erwerben können, mag vorliegen. Wenn dann also die so häufig genannte „erste Gold-Milliarde“ wirklich bezahlt sein wird, so wird bereits im November eine neue Zahlung von 800 bis 900 Millionen fällig sein, und so fort in jedem weiteren Vierteljahr. In diesen Sachverhalt muß erinnert werden, um einer einseitigen und betäubenden Wirkung auf die öffentliche Meinung vorzubeugen, an der das Kabinett Wirth ein Interesse haben mag, die hervorgerufen aber nicht im Interesse des deutschen Volkes liegt.

Die Mordtat in München.

Das unter allen Umständen zu verurteilende Mordtat auf den Unabhängigen Abgeordneten Carels in München hat die Lage in Bayern, wo die Entwaffnung so vieler gefährlicher Schwerverbrechen bereitet, ohne Zweifel auf das Äußerste verschärft. Bei dem heftigen Ton, den die radikale Presse Münchens und der bayerischen Industriestädte bisher schon belebte, kann wohl kaum erwartet werden, daß sie die Verurteilung oben behält und das Verbrechen als die sinnlose Tat eines Einzelnen brandmarkt. Das Blut ihres Führers wird den Radikalen gerade gut genug dafür sein, den Massenhaß und den Aufruhrwillen gegen die staatliche Autorität zur Steigerung aufzupeitschen. Auch die Verurteilung, die der Mord in den Spalten aller bürgerlichen Blätter findet, wird von ihnen nicht für genügend angesehen, um sie von ihrem gefährlichen Beginnen abstecken zu lassen. Schwarze Wolken lagern also wieder einmal drohend über dem durch das Mordtat der Entente gegen inneren Aufruhr wehrlos gemachten Lande. Ein kommunistischer Spieß hätte den Zeitpunkt zu diesem politischen Akt nicht günstiger wählen können. Da kommt denn wie ein kleiner Hoffnungsschrahl die Nachricht aus Paris, daß der Botschafterat beschlossen hat, die Entwaffnungs- und Auslieferungsfrist unter Umständen zu verlängern und der bayerischen Regierung Gelegenheit zu geben, ihre Polizei, wenn es nötig ist, zu verstärken. Sollte die radikale Linke wirklich den Tod Carels zum Anlaß nehmen, die Leidenschaften der Massen aufzupeitschen, so ist damit der Grund zur Verstärkung der Polizeikräfte gegeben, und sie hat mit ihrem Beginnen das Gegenstück von dem erreicht, was sie erhoffte. Auf jeden Fall stehen Bayern in schwieriger Lage bevor.

Wie der Mord geschah.

München, 10. Juni. In der Ermordung des Abg. Carels erfahren wir noch folgendes: Carels fuhr nach Schluß der Versammlung im Ratheserbräu mit dem Taxejäger Spreier auf der Straßendahn nach seiner Wohnung in der Freystroße. Vor dem Vorgarten, dessen Tür offen stand, verabschiedete er sich von diesem. Kurz darauf fielen die Schüsse. Von den vier auf ihn abgegebenen Schüssen traf ihn einer tödlich, die übrigen prallten an dem Eisengitter ab. Freunde behaupten, daß er in den letzten Tagen wiederholt Drohbriefe erhalten hatte und von ihnen gewarnt worden sei.

Eine Rundgebung des Abscheus durch den bayerischen Ministerrat.

München, 10. Juni. Der Ministerrat veröffentlicht folgende Rundgebung: Die bayerische Regierung gibt der schärfsten Entrüstung Ausdruck über die Freveltat, der in der vergangenen Nacht der Landtagsabgeordnete Carels zum Opfer gefallen ist. Die Staatsregierung bedauert aufrichtig, daß dieser, durch hohe Geistesgaben ausgezeichnete Mann durch die rachsüchtige Tat eines gewissenlosen oder fanatischen Menschen so plötzlich aus dem Leben gerissen worden ist und spricht dem Landtag wie den Hinterbliebenen ihre warmste Teilnahme aus. Die Staatsregierung wird alles aufbieten, den Täter ausfindig zu machen und die Mordtat scharf zu ahnden. In diesem Zweck hat die Polizeiverwaltung alle Maßnahmen getroffen und 10 000 Mark Belohnung für die Ermittlung des Täters ausgesetzt. Die Staatsregierung richtet aus diesem Anlaß erneut an alle Bevölkerungskreise die erste Mahnung, Ruhe und Besonnenheit zu bewahren und die Regierung in der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu unterstützen.

Von Seiten unabhängiger Sozialisten wird verlangt, mit dem Verbrechen die Einwohnerversammlung in Verbindung zu bringen. Der „Kampf“ bringt die Mitteilung des Nordes unter der Überschrift: „Die Reaktion hat ihr Opfer!“ und mahnt die Genossen, vorläufige Schritte zu unterlassen und den Wahlen der Vertrauensmänner zu folgen. Im Laufe des Tages werden die Gewerkschaften und die Betriebsräte zusammenzutreten und dabei wahrscheinlich zur Frage eines Generalstreikes Stellung nehmen.

Der Streikbeschluss.

München, 10. Juni. (B. L. B.) Der Alldeutschen Verband des Reiches sowie die drei sozialistischen Parteien haben heute abend den Generalstreik beschlossen, der am 12. Juni um 12 Uhr beginnt und bis Sonntag, den 13. Juni dauert. Die Streikbeschlüsse werden nicht veröffentlicht, aber die Haltung der Gewerkschaften gegen den Streik